



28. September 2010

**Redebeitrag der
Regionsabgeordneten Anja Baumann de la Cruz Quintero
in der Regionsversammlung am 28. September 2010**

- Auszug aus dem Wortprotokoll

**Top 7: 1128/2010 (II)
Neuorganisation der Aufgaben nach dem SGB II**

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Die beiden Informationsveranstaltungen und die Verwaltungsvorlage haben aus der Sicht der FDP überzeugend dargestellt, dass die Option ein Höchstmaß an Nutzen bringt – zuallererst für die Betroffenen, bei denen oft auch Perspektivlosigkeit, Schulden, Drogen, Alkohol oder familiäre Konflikte eine Rolle spielen. Arbeitslosigkeit ist nicht die Ursache, sondern oftmals nur ein Symptom. Es kommt daher vor allem auf das Know-how an, wie man solchen sozialen oder auch persönlichen Problemen begegnen kann. Diese Kompetenz haben die Region Hannover und die regionsangehörigen Kommunen. Dort steht der Mensch im Mittelpunkt und nicht die Statistik. Dort kümmern wir uns ohnehin um das ganze Paket von Bürgerdienstleistungen: Kinderbetreuung, Gesundheitsvorsorge bis hin zu Sozialhilfe und Altenpflege. Es ist nur logisch, dieses Leistungsbündel um wichtige arbeitsmarktrechtliche Zuständigkeiten zu ergänzen. Der Arbeitslose erhält so auf seine Person zugeschnittene Leistungen aus einer Hand und von einem Träger.

Die Kernkompetenz der BA liegt demgegenüber in der Vermittlung von Kurzarbeitslosen. Die Grundansätze, Herangehensweisen und Führungsstile von BA und Region sind vollkommen unterschiedlich und haben in der Vergangenheit immer wieder zu Problemen geführt.

An zweiter Stelle profitieren von der Option daher auch die Mitarbeiter der Jobcenter. Die Jobcenter benötigen dringend einen einheitlichen Personalkörper mit nur einem einzigen Ansprechpartner. Ein Personalrat der Jobcenter nannte es „Das Ende des Schattenboxens“. Die Mitarbeiter haben ein Recht auf sichere Arbeitsplätze und auf Maßnahmen zur Personalentwicklung. Außerdem ist eine Qualifizierungsoffensive auf hohem Niveau für das Personal der Jobcenter nötig. Die Mitarbeiter entscheiden künftig nach eigenem Ermessen über Fördermaßnahmen bis hin zu Sanktionen, bei denen sämtliche Leistungen entzogen werden können.

Wir fürchten, bei der gemeinsamen Einrichtung würde es weiterlaufen wie bisher: ein unstrukturierter, bunt zusammen gewürfelter Personalkörper mit verschiedenen Dienstherren, mit hoher Fluktuation und einer prozentual hohen Anzahl befristeter Arbeitsverhältnisse.

Die Region Hannover selbst hat ebenfalls erhebliche Vorteile durch die Option. Die Option ermöglicht der Region Handlungsspielräume bei den Eingliederungsmaßnahmen, beim Personal, bei der EDV sowie bei einer Beteiligung der Politik. Es ist politisch doch geradezu absurd, sich an dieser Stelle selbst zu entmachten.

Für den Regionshaushalt sind Einspareffekte durch interne Verrechnungen, Synergien und Doppelnutzen bei den Personalkosten sowie insbesondere bei den Kosten der Unterkunft in zweistelliger Millionenhöhe realisierbar.

Die Region hat eine größere Nähe zum regionalen Arbeitsmarkt und kann alleinverantwortlich die Integrationsstrategie effektiver auf die lokalen und regionalen Bedürfnisse ausrichten. Es entstehen ein örtlicher Einfluss auf die Trägerlandschaft der Maßnahmenanbieter und mehr Planungssicherheit vor Ort.

Aus dieser Vielzahl guter Gründe wird die FDP der Verwaltungsvorlage zustimmen.